

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die fleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

60. Jahrgang.

Nr. 227.

Dienstag, den 30. September

1913.

Brandversicherungsbeiträge.

Am 1. Oktober dieses Jahres ist der 2. Termin der Landesbrandversicherungsbeiträge fällig. Er ist mit 1 1/2 Pfg. für eine Einheit zu erheben. Zu seiner Zahlung ist nach der Dienstanweisung zum Gesetze vom 1. Juli 1910 eine Frist bis zum 15. Oktober d. J. zugelassen. Hiernach hat sofort das kostenpflichtige **Mahn- bez. Zwangs-vollstreckungsverfahren** einzutreten, da für die Abrechnung mit der Landesbrandversicherungsanstalt nur eine Frist bis Ende Oktober gegeben ist.

Stadtrat Eibenstock, den 23. September 1913.

In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 4. April 1909 in Eibenstock verstorbenen Schnittwarenhandlerin **Friederike Wilhelmine verw. Unger geb. Schöniger** soll mit Genehmigung des Konkursgerichts die Schlussverteilung erfolgen. Hierzu

sind ausschließlich der Zinsen der Hinterlegungsstelle 487 M. 35 Pfg. verfügbar, wovon jedoch die Kosten des Verfahrens zu kürzen sind. Der Rest ist auf 75 M. 40 Pfg. bevorrechtigte und 2414 M. 73 Pfg. nichtbevorrechtigte Konkursforderungen zu verteilen.

Ein Verzeichnis der bei der Schlussverteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts für die Beteiligten ausgelegt.

Eibenstock, den 27. September 1913.

Der Konkursverwalter, Rechtsanwalt Lottermoser.

Jahrmart (nur Krammarkt)

am 3. u. 4. November 1913 in Eibenstock.

Der balkanische Serentessel.

Auf dem Balkan gibt es keine Ruhe. Die Albaner, die während des ersten Balkankrieges vom vorigen Winter und Frühjahr eine abwartende Haltung einnahmen, haben sich bekanntlich jetzt gegen die Serben erhoben, um ihre eben erst errungenen staatliche Freiheit zu wahren. Dieser schon wieder ziemlich blutige Zwischenfall scheint ja nun allerdings keine ernstlichen Folgen nach sich zu ziehen, nachdem die serbische Regierung erklärt hat, daß sie nur einen verstärkten Grenzschutz einrichte, nicht aber ihre Truppen in albanisches Gebiet einzurücken lassen wolle.

Zu gleicher Zeit kommt aber eine Meldung aus Paris, die neue Besorgnisse erregt: Der „Petit Parisien“, der gute Beziehungen zum französischen Ministerium des Auswärtigen unterhält, bringt eine Information aus Konstantinopel, nach der die Türkei die Friedensverhandlungen mit Griechenland abbrechen will, wenn ihr nicht die Inseln Chios und Mytilene zugestanden würden. Ganz überraschend ist ja das Ausgehen dieser neuen Schwärmerwelle am Balkan, denn trotz des anfänglichen Versuchs, einen *modus vivendi* zu finden, nicht; denn man wußte schon, daß das Verhältnis zwischen Griechenland und der Pforte sich in letzter Zeit recht zugepunkt hatte. Griechenland scheint nicht gewillt zu sein, der Türkei nachzugeben. In Saloniki sind in letzter Zeit verschiedene griechische Truppennachschübe angelangt, die ins Innere weiter transportiert wurden, und alles deutet darauf hin, daß Griechenland für alle Eventualitäten Vorsorge trifft.

Es ist die alte Geschichte: Der Appetit kommt beim Essen. Das erfolgreiche, aber wirklich nicht sehr schwierige Vorgehen in Thrazien hat augenscheinlich die Türken dazu bewogen, den Versuch zu machen, gegenüber den Griechen dasselbe Spiel zu treiben, und vielleicht sogar Saloniki zurückzuhalten. Ob diese Truppen nicht etwas sehr hoch hängen, steht auf einem anderen Blatte, aber die Zuversicht der Türken ist wieder geschwollen. Sie wollen um jeden Preis die Gelegenheit benutzen, zum mindesten einen Teil der im Friedensschluß verlorenen Gebiete wieder zu besetzen. Es mögen dabei auch innerpolitische Gründe mitspielen. Man will die Segner des jetzigen Regimes, die die Kriegsniederlage ausnutzen, um die Regierung zu stürzen, auf diese Weise kalt stellen, in der Hoffnung, daß durch etwaige Erfolge die Position des jetzigen Regimes erneut gestärkt werde. Freilich läßt sich nicht leugnen, daß die Osmanen mit einer derartigen Politik vabanque spielen und daß schwere Rückschläge am Ende nicht ausbleiben. Es ist kaum anzunehmen, daß die Mächte das so ruhig mit ansehen werden, obwohl man allem Anschein nach in Konstantinopel etwas derartiges nicht befürchtet. Da ja auch bei der Besetzung Adrianopels Europa mit den Händen im Schoße untätig zugehört hat. Darin aber kann die Kalkulation auch leicht an dem Umstand scheitern, daß die Griechen doch ein anderer Gegner sind, als die Bulgaren. Seit 1897 hat man in der griechischen Armee viel gelernt und der letzte Krieg hat das deutlich gezeigt. Die Bulgaren waren dagegen in Folge ihres letzten Mißgeschicks deprimiert und wagten es unter diesen Umständen überhaupt nicht, den heranrückenden Türken Widerstand zu leisten. Hier aber hat man es mit erfolgreichen Soldaten zu tun, die, erneuert angegriffen, um so erbitterter loszuschlagen werden. Ob es wirklich dahin kommen wird, läßt sich heute noch nicht übersehen, indessen wäre es dringend zu wünschen, daß ein erneuter Kampf vermieden wird, da dieser leicht neue folgenschwere Komplikationen in sich bergen könnte.

Mehr und mehr macht sich aber doch jetzt die

Auffassung geltend, daß die Türkei und Bulgarien Hand in Hand gehen werden, um gegen Griechenland und Serbien loszugehen. Aus wird gemeldet:

Köln, 28. September. Nach einer Athener Meldung der „Königlichen Zeitung“ fanden vertrauliche Gespräche zwischen dem bulgarischen Friedensverhandler Savanow und den türkischen Militärs in Konstantinopel statt. Danach wurden Äußerungen von bulgarischen und türkischen Offizieren über einen gemeinsamen militärischen Spaziergang nach Kawaia berichtet. Angesichts der Tatsache, daß die türkische Armee noch schlagfertig in Thrazien versammelt sei, müsse man auf manche Möglichkeiten gefaßt sein. Anscheinend steht damit die beschleunigte Rückkehr des Königs Konstantin nach Athen im Zusammenhang.

Konstantinopel, 28. September. Aus Dimitika sind zuverlässige Nachrichten eingelaufen, daß die Türkei in der Umgebung von Adrianopel irreguläre Truppen und Baschibosuks in Stärke von 15000 Mann zusammengezogen und mit entsprechender Artillerie, ferner mit modernem Kriegsmaterial, ausgestattet hat. Die Bestimmung dieser Truppen ist angeblich unbekannt.

Sofia, 28. September. In militärischen Kreisen berichtet man mit Festigkeit, daß Bulgarien nicht untätig bleiben könne und abwarten, wenn Serbien in Albanien Fortschritte mache. Die Division in Kila soll bereits mobilisiert und zum Zuge bereit sein, jedoch liegt bisher noch keine Beitätigung dieser Privatmeldung vor.

Uebrigens soll es den Serben an der albanischen Grenze recht schlecht gehen. Im Humalat werden heftige Kämpfe ausgefochten, wobei die Albaner bis jetzt im Vorteil sind. Es wird befürchtet, daß die schwachen serbischen Truppen ganz geschlagen werden, und daß dann der Weg nach Belgrad offen steht. Auch nachstehende Meldung klingt für die Serben recht wenig tröstlich:

Saloniki, 28. September. Es wird gemeldet, daß Ochrida in der Hand der Albaner sei, die alle Christen der Stadt niedermachten.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Wegfall der Lösung im Heeresersatzgeschäft. Das „Militärwochenblatt“ bringt eine Verordnung über Vereinfachungen im Heeresersatzgeschäft infolge der gesetzlichen Neuerungen. Da ist vor allem die Bestimmung hervorzuheben, nach der das Verfahren der Lösung beseitigt ist. Künftig soll für die Reihenfolge, in der die Militärpflichtigen auszuheben sind, der Grad der Tauglichkeit zum Militärdienste allein maßgebend sein, nicht der Zufall soll also künftig entscheiden, ob ein Mann zum Ersatzdienste heranzuziehen ist, sondern die Tauglichkeit. Für das bürgerliche Fortkommen war diese Unsicherheit sehr störend, da sich ein Ueberschüssiger bis zum 1. Februar des vierten Militärpflichtjahres dauernd gewarnt halten mußte, als Nachersatz eingestellt zu werden. Niemand stellte gern den jungen Mann unter solchen Umständen in Dienst, und auch der Staat verweigerte solchen Militärpflichtigen die endgültige Anstellung. Nach den seitherigen Veröffentlichungen ist beabsichtigt, beim Ersatzgeschäft eine Sichtung der Tauglichen in zwei Klassen vornehmen zu lassen. Die Tauglichen I (zweifelslos tauglich) werden voll zur Einstellung kommen, die Tauglichen 2 nur, soweit sie zur Erreichung der Rekrutenquote nötig sind. Eine Uebertragung von Tauglichen auf das kommende Jahr gibt es nicht mehr, so daß wohl anzunehmen ist, daß auch die als tauglich 2 Erklärten schon im gleichen Jahre

re enolltliche Entscheidung erhalten müssen. Zunächst werden sie noch als Nachersatz verfügbar gehalten, und voraussichtlich am 1. Februar des der Aushebung folgenden Jahres der Ersatzreserve überwiesen werden.

Die Schwierigkeiten des Kabinetts Hertling. Die Schwierigkeiten, denen das bayerische Kabinetts Hertling bei den Parteien, und selbst beim Zentrum, in wachsendem Maße begegnen, erhalten nun auch noch eine Verschärfung durch lebhafteste Unstimmigkeiten, die neuerdings im Ministerrium hervortreten. Die Ursachen hierfür sind weniger in politischen, als in wirtschaftlichen Gründen zu suchen. Während nämlich der Minister des Innern von Sobden der Firma Schuchert wegen der Errichtung einer Ueberlandzentrale für Unterbranten bestimmte Zusicherungen gemacht hat, möchte der Verkehrsminister von Seidlein die Elektrizitätsversorgung dieses Gebietes durch Ausnutzung einiger Braunlothenbergwerke betreiben, deren Anlauf für den Staat er bereits ins Werk gesetzt hat. Ueber die widerstrebenden Tendenzen dieser Projekte ist es in letzter Zeit zwischen den beiden Ministern zu starken Differenzen gekommen, die im Ministerrat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt haben. Da Herr von Sobden, wie auch Herr von Seidlein als ehemalige Zentrumsführer im Zentrumslager über persönliche Anhänger verfügen, wird sich der Konflikt wohl auch auf die Reihen der Wehrheitsparteien übertragen und nicht ohne eigenartige Wirkung bleiben.

Theorie und Praxis. Ein protestantischer Pfarrer auf einem kleinen bairischen Dorf hat, wie der „Vorwärts“ freudestrahlend meldet, August Bebel als Vorbild eines Menschen hingestellt und in der Predigt gesagt: „Unzählige liebten ihn, weil sein ganzes Leben den Armen und Entrechteten gewidmet war und er wie selten einer vor ihm das Gebot „Liebe deinen Nächsten“ praktisch betätigt hat.“ Hierzu bemerkt der „Reichsbote“: Diese Darstellung möchten wir nicht unbedingtesprechen lassen. Bebel ist nach einem recht beglückten Leben gestorben und hat fast 1 1/2 Millionen hinterlassen, aber nicht etwa „den Armen und Entrechteten.“ Was sagt der „Vorwärts“ dazu? Diese Feststellung genügt, um erkennen zu lassen, daß Bebel weit davon entfernt war, den von ihm gepredigten Grundsätzen „Eigentum ist Diebstahl“ für seine Person nachzuleben. Er donnerte in den Proletarierversammlungen entrüstet gegen die Besitzenden, zu Hause aber gestatteten ihm seine Reichthümer ein recht beglücktes Leben. So hat Bebel zwar theoretisch mit den Armen und Elenden gelitten, praktisch aber hat er es mit dem materiellen Wohlstand gehalten. Der oben erwähnte Pfarrer aus dem bairischen Dorf hat unrecht. Dem „Vorwärts“ ist es allerdings sehr peinlich, daß verschiedene Blätter schon darauf hingewiesen haben. Er versucht schließlich seinen Lesern vorzuführen: „Das Märchen von dem Millionär Bebel können wir wohl süßlich auf sich beruhen lassen.“ Dies Märchen ist aber leider kein Märchen, sondern nackte Wahrheit. Bebel hat über 1 1/2 Millionen Mark hinterlassen, wie gerichtlich festgestellt ist.

Belgien.

Deutsch-französisches Verständigungskomitee. In der am Sonnabend stattgefundenen Schlußsitzung des deutsch-französischen Verständigungskomitees, das in Gent tagte, wurde beschlossen, im Frühjahr 1914 in Brüssel einen deutsch-französischen Journalistenkongress zu veranstalten, welchen die Mitglieder der belgischen Presse organisieren werden. Ferner wurde als Mittel der Annäherung eine Studienreise der französischen Pressevertreter durch Deutschland beschlossen. In den Verhandlungen wurde als Aktionsprogramm niedergelegt, daß man hauptsächlich in der Presse entgegenzutreten wol-